



## 23/SVV/0782

Antrag  
öffentlich

# Sicherung des Verkaufs von Fahrscheinen für den DB-Fernverkehr im Potsdamer Hauptbahnhof

<i>Einreicher:</i> Fraktion DIE LINKE	<i>Datum</i> 11.08.2023
--	----------------------------

<i>geplante Sitzungstermine</i> 06.09.2023	<i>Gremium</i> Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	<i>Zuständigkeit</i> Entscheidung
---	---	--------------------------------------

### Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass der Verkauf von DB-Fahrkarten für den Fernverkehr am Potsdamer Hauptbahnhof einschließlich der persönlichen Beratung der Potsdamer Kunden weiterhin sichergestellt wird.

Dazu sollen mit Unterstützung des Landes Gespräche mit der Deutschen Bahn geführt werden, um die erforderliche Finanzierung zu gewährleisten.

Der Hauptausschuss ist über das Ergebnis der Bemühungen zu informieren.

### Begründung:

Es ist erklärtes Anliegen der Politik, den öffentlichen Verkehr zu unterstützen im Wettbewerb mit dem individuellen Autoverkehr. Darum ist der Fernverkehr der Eisenbahn unverzichtbar. Angesichts des unübersichtlichen Dschungels an Tarifen, Fahrplänen und Preisen der DB benötigen Tausende Potsdamer qualifizierte Beratung und Hilfe beim Fahrscheinkauf. Das ist noch verstärkt nötig wegen der ungewöhnlich schlechten Anbindung der Landeshauptstadt Potsdam an den Fernverkehr mit nötigem Umstieg in Berlin oder Magdeburg. Es ist für jede Landeshauptstadt unverzichtbar, einen qualifizierten Fahrscheinverkauf mit den dazu erforderlichen Beratungen der Kunden zu gewährleisten. Ein alleiniger Automatenverkauf ist unzureichend. Ob den persönlichen Service der ViP oder die DB selber erledigt ist Verhandlungssache. Dafür sind die nötigen Voraussetzungen mit der DB kundenorientiert abzustimmen und sicherzustellen, damit der persönliche Fahrscheinverkauf lückenlos am Potsdamer Hauptbahnhof fortgesetzt wird.

### Anlagen:

1 Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich



<b>Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:</b>	
Titel des Antrages:	
<b>Drucksache Nr.:</b>	<b>TOP:</b>

**Stellungnahme der Verwaltung**

<b>1. Rechtliche Einschätzung</b>
<b>2. Berücksichtigung im Haushaltsplan</b>
<b>3. Zeitliche Umsetzbarkeit</b>
<b>4. Inhaltliche Einordnung</b>